

Neuere Projektionen für Perspektiven Ostdeutschlands

Karl Mai, Juli 2007

Mit zunehmender Ernüchterung beim Ost-West-Angleichungsprozess im *BIP je Einwohner*, die von Skepsis geprägt ist, gewinnen die längerfristigen professionellen Entwicklungsprojektionen hierfür politisches Interesse. Ende 2004 hatte eine Studie der *DB Research* zur ostdeutschen Perspektive die Öffentlichkeit durch folgende Aussagen geschockt:

„Das langfristige Wachstumspotenzial der östlichen Bundesländer liegt aufgrund demografischer Faktoren spürbar unter demjenigen der westlichen Bundesländer. Der Lebensstandard wird zwar weiterhin zunehmen, aber der Abstand zum Westen dürfte anwachsen. Bis 2050 dürfte er sogar eher wieder auf das Niveau von Mitte der 90er Jahre (rund 60 Prozent des westdeutschen Pro-Kopf-Einkommens) zurückfallen.“ „Insgesamt wird das Erwerbspersonenpotenzial im Osten bis 2050 mit 43 % zweieinhalb Mal so stark sinken wie im Westen (-17 %) und 2050 nur noch 4 Mio. Personen betragen.“¹

Die Ostdeutschlandforschung wissenschaftlicher Institute hat in letzter Zeit neue Ergebnisse zu wichtigen Argumenten für oder gegen die Angleichungshypothese vorgelegt. Hier erfolgt eine Bezugnahme auf aktuelle Studien des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Instituts für Wirtschaftsforschung Dresden (ifo-Dresden), der Technischen Universität Dresden (TU-Dresden, Prof. Seitz) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Schwerpunkte bilden die demografischen, arbeitsmarkt- und produktivitätsseitigen Faktoren als Projektionen in die Zukunft der NBL. Deren haushaltsseitige Implikationen sind in analogen langzeitigen Projektionen erkennbar. Dazu nachstehend ein knapper Überblick.

1. Zu demographischen Langzeitprojektionen

Das *IWH* basierte seine jüngste Veröffentlichung zur Projektion der ostdeutschen Bevölkerung bis 2020 auf den Ergebnissen der 10. Koordinierten Prognose des Statistischen Bundesamtes und stellte dazu die Veränderung der Altersstruktur besonders heraus. Danach sinkt von 2002 bis 2020 die Gesamtbevölkerung (mit Berlin) um -1,517 Mio., jedoch die Gruppe der Erwerbsfähigen (15-64 Jahre) um -2,286 Mio., während die Gruppe der „65 Jährigen und darüber“ um +0,960 Mio. zunimmt. Das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung steigt um 5 Jahre, das der Erwerbsfähigen um 3,15 Jahre weiter an.

Bemerkenswert ist vor allem der Rückgang der Erwerbsfähigen allein *zwischen 15 und 40 Jahren* um insgesamt 1,837 Mio. bis 2020. Die gesamte Gruppe der Erwerbsfähigen geht (von 2002 bis 2020) gemäß *IWH* um -19,2 %, also fast um -20 % zurück.²

Hierbei wird u. a. projiziert, dass sich die *Relation* der von den Erwerbsfähigen zu Unterhaltenden aus den Gruppen unter 15 Jahre und ab 65 Jahre von 42,3 % (2002) auf 60,4 % bis 2020 erhöht. Diese „Gesamtlast“ für die Erwerbsfähigen steigt demnach um ca. 18 %-Punkte beträchtlich an, wobei eine relative Verminderung der Gruppe unter 15 Jahren um -9.5 % durch eine extreme Erhöhung der Gruppe ab 65 Jahren um +31,6 % weit übertroffen wird.

Die projizierten Daten bis 2020 sind bereits von dramatischer Tendenz, denn die Wohnbevölkerung der NBL (ohne Berlin) wird demnach zwischen 2002 und 2020 auf 11.989 Tsd. Einwohner, d. h. um 1.682 Tsd. weiter zurückgehen.

Nach offizieller Bundesstatistik liegt inzwischen für die einzelnen Bundesländer die 11. Koordinierte Projektion der Wohnbevölkerung bis 2050 vor.³

Hier ein Auszug aus der Länder-Tabelle:

Tabelle 1: Bevölkerungsprojektion Ost 2005 bis 2050

(Tsd. Einwohner)

Land	2005*	2020	2030	2040	2050	2050 zu 2005 %
Berlin	3.395	3.309	3.228	3.077	2.903	85,5
Brandenburg	2.559	2.410	2.206	2.008	1.790	69,9
Meckl.-Vorp.	1.707	1.538	1.427	1.316	1.194	69,9
Sachsen	4.274	3.875	3.591	3.318	3.047	71,3
Sachs.-Anhalt	2.470	2.113	1.927	1.745	1.562	63,2
Thüringen	2.335	2.053	1.886	1.716	1.538	65,9
NBL o. Berlin	13.345	11.989	11.037	10.103	9.131	68,4
Ost ges. (m. B.)	16.740	15.298	14.265	13.180	12.034	71,9

Quelle: Destatis, VGR der Länder, * Ist-Daten lt. Destatis für 2005

In Tabelle 1 wird ein Rückgang der Wohnbevölkerung zwischen 2005 und 2050 auf 68,4 % für die NBL (o. Berlin) projiziert. Die NBL verlieren demnach 4.214 Tsd. Einwohner oder ca. ein Drittel ihres Bevölkerungsbestandes von 2005. Der höchste Verlust tritt hier in Sachsen-Anhalt ein, das bis 2050 sogar 36,8 % seiner Wohnbevölkerung von 2005 verlieren soll.

Um eine Übersicht über die Bevölkerungsentwicklung nach kleineren regionalen Einheiten (Raumordnungseinheiten) zu zeigen, wird zusätzlich auf die *Anlage* verwiesen. Dort ist die subregionale Dynamik zwischen 2002 und 2020 regierungsoffiziell dargestellt.

2. Zu Arbeitsmarktprojektionen bis 2020

Vom *ifo-Dresden* (2007) liegt eine Analyse vor, die ebenfalls auf die 10. Koordinierte Prognose der Bevölkerung in Deutschland zurückgeht. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt wird danach wie folgt eingeschätzt:

„Im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung tritt der demographische Wandel noch stärker bei der erwerbsfähigen Bevölkerung zum Vorschein. Die Zahl der 15- bis unter 65-Jährigen wird im Zeitraum 2005–2020 den Berechnungen zufolge um 16,5 % zurückgehen. Dies bedeutet, dass die für den Arbeitsmarkt relevante Bevölkerungsgruppe mehr als doppelt so schnell wie die Bevölkerung insgesamt schrumpfen wird.“

„Insgesamt zeigen die Simulationsergebnisse, dass für den Zeitraum 2005 bis 2020 mit einem Beschäftigungsrückgang von 6,7 auf 6,1 Mill. Erwerbstätige gerechnet werden kann.“⁴

Das *IAB* hat zu Ende 2005 eine Studie zur Arbeitsmarktbilanz bis 2020 veröffentlicht, die speziell für die NBL folgende Aussage enthält:

„Die Arbeitskräftebedarfsprojektion für Ostdeutschland liefert keinerlei Hinweise auf einen positiven Arbeitsmarkttrend. Im Gegenteil: Unter ‚Status-quo-Bedingungen‘ ist mit einem weiteren Rückgang des Arbeitskräftebedarfs im Osten um eine Million Personen im Zeitraum von 2005 bis 2020 zu rechnen.“⁵

Das Arbeitsangebot aus der erwerbsfähigen Altersgruppe (15-65 Jahre) geht jedoch in den NBL noch stärker als der AK-Bedarf zurück, betont das IAB. „In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) sinkt das Arbeitskräfteangebot drama-tisch. Zählte es im Jahr 1991 noch rund 10,2 Mio. Erwerbspersonen, so ist dieser Wert bis 2004 auf 9,2 Mio. gesunken. Bis zum Jahr 2020 geht er dann auf 7,5 Mio. zurück – mit weiterhin stark rückläufiger Tendenz.“

Aus der Schnittmenge dieser beiden Tendenzen von Arbeitsangebot und Arbeitskräftebedarf ist mit einem Rückgang der Unterbeschäftigung in den NBL um ca. 5 %-Punkte zwischen 2005 und 2020 zu rechnen. ⁶

Das *DIW* hat im März 2007 eine Studie zur Projektion des ostdeutschen Dienstleistungsmarkts bis 2020 vorgelegt, die Berlin einbezieht. Ohne Berlin wird mit einer Erhöhung der Arbeitsplätze im gesamten Dienstleistungssektor um ca. 650.000 Stellen gerechnet, wobei diese Entwicklung für die fünf NBL als „durchschnittlich“ bewertet wird. ⁷

Selbst dieser Anstieg wird nur möglich, wenn im Produktionssektor zahlreiche Arbeitsplätze verlustig gehen, da das Arbeitskräfteangebot der NBL dramatisch zurückfällt.

Ein außerordentlicher Anstieg der Stellen im Dienstleistungssektor wird dagegen vom *DIW* für *Berlin* projiziert, der 460.000 Stellen erreichen soll.

3. Zur Projektion der Produktivitätsentwicklung

Das *IAB* rechnet im Langzeitraum mit einer höheren Produktivitätsentwicklung *je Erwerbstätigen* in den NBL im Vergleich zu Westdeutschland. Es wird projiziert, dass „das Wachstum der Erwerbstätigenproduktivität mit durchschnittlich 2,0 Prozent pro Jahr deutlich höher ausfällt als im Westen (+ 0,8 %)“. Hier wirkt sich die rückläufige Zahl der Erwerbspersonen aus, obgleich „die reale Bruttowertschöpfung in den neuen Bundesländern mit 1,1 Prozent im Jahresdurchschnitt weniger stark wächst als in den alten Bundesländern (+ 1,3 %)“. ⁸

Für die Beurteilung des innerdeutschen Konvergenzprozesses ist jedoch die Entwicklung der Produktivität *je Einwohner* das entscheidende Kriterium, zu dem das *IAB* keine konkrete Aussage anbietet. Letztere Produktivitätsaussage steht jedoch im engsten logischen Zusammenhang zum erwarteten Effekt einer „passiven Sanierung“ in den NBL.

Das *IWH* legte demgegenüber jetzt eine Projektion der *Pro-Kopf-Produktion* für die ostdeutschen Flächenländer vor, die aus regionalisierten Wachstumsfaktoren abgeleitet wurde und auf den durchschnittlichen Ergebnissen der Jahre 1995 bis 2005 (Klasse A) und 2000 bis 2005 (Klasse B) zu leicht unterschiedlichen Zielangaben für 2020 führt. Danach ergibt sich folgende Projektion: ⁹

Tabelle 2:**Relative Stellung der ostdeutschen Flächenländer nach der Pro-Kopf-Produktion**
(Gesamtdeutschland = 100)

Bundesland	2005*	2020, A	2020, B
Brandenburg	65,0	66,1	59,7
Meckl.-Vorp.	65,3	59,1	58,8
Sachsen	70,5	70,2	73,9
Sachsen-Anh.	70,3	77,3	73,6
Thüringen	67,8	66,5	72,4
NBL (o. Berlin)	68,2	68,5	68,7
ABL (o. Berlin)	107,2	107,1	107,0

2005* = Ist-Werte; A und B als zwei Wachstumsklassen

Quelle: siehe Endnote 7 (Auszug)

Hiernach sind differenzierte Teilergebnisse für die einzelnen ostdeutschen Länder zu erwarten, die einen Rückschlag in der relativen Stellung für Brandenburg und Mecklemburg- Vorpommern ausweisen.

Setzt man die ABL (o. Berlin) als *direkten* Vergleich (d.h. = 100), so können die NBL (o. Berlin) zwischen 2005 und 2020 (bei Wachstumsklasse B) eine relative Angleichung von 0,642 erreichen und damit ihre Position um 0,006 Punkte verbessern. Damit wird zwar der innerdeutsche Konvergenzprozess in diesen 15 Jahren nicht wieder zu deutlichem, geschweige denn zu *hinreichendem* Aufholen gelangen. Dennoch stellt das IWH diesen äußerst geringfügigen Effekt heraus: „Die Angleichung im Pro-Kopf-Wachstum ist vor allem ein Ergebnis der gegenläufigen Bevölkerungsdynamik zwischen Ost und West.“¹⁰ Dies weist auf den Effekt der „passiven Sanierung“ hin, dem die NBL weiterhin unterliegen werden.

Von differenzierender Aussagekraft ist die vom *IWH* vorgenommene Zuordnung von ostdeutschen Raumordnungsregionen nach Wachstumsintensitäten in 4 Abstufungen. Daraus geht hervor, dass es zwei Länder mit der höchsten Einstufung bei jeweils zwei Raumordnungsregionen gibt: Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Länder Brandenburg und Thüringen haben jeweils eine höchstbewertete Wachstumsregion und das Land Mecklemburg-Vorpommern *keine*. Mecklemburg-Vorpommern bleibt Schlusslicht.

Den aktuellen 6 einzelnen Raumordnungsregionen (ROR) mit der höchsten Wachstumsintensität in den NBL stehen jedoch 10 ROR mit der niedrigsten gegenüber, während 6 weitere ROR im Mittelfeld der Wachstumsintensität liegen. Auf ganz Deutschland bezogen, ist der Mangel an anerkannten Wachstumskernen in den NBL evident und liefert eine wichtige Determinante für den stagnierenden Konvergenzprozess.¹¹

4. Zur Projektion der Einnahmen der öffentlichen Haushalte

In der umfangreichen Gemeinschaftsstudie von *IWH/TU-Dresden/ifo-Dresden* wird erstmals eine Projektion der ostdeutschen Haushaltsentwicklung bis 2025 angeboten, wobei die Ergebnisse bis 2020 abgrenzbar sind. Dabei werden zwei BIP-Wachstums-Varianten Ost modelliert: eine 3 % Rate und eine 2,2 %-Rate. Es ergibt sich folgendes Bild:

- „Im Ausgangsjahr 2005 erzielten die Ostflächenländer Pro-Kopf-Einnahmen, die ca. 27 % über dem Westflächenländer-Vergleichswert lagen. Mit der Rückführung der Osttransferleistungen kommt es zu einer Angleichung der *Pro-Kopf*-Einnahmenrelationen zwischen Ost und West, wobei sich dieser Anpassungsprozess daraus ergibt, dass in den Jahren von 2007 bis 2020 die Einnahmewachsraten aufgrund der Rückführung der Osttransfers in Ostdeutschland deutlich geringer sind als in den Westvergleichsländern.“¹² In den Vergleich sind hier bereinigte Primäreinnahmen einbezogen, die Netto-Neuverschuldungen und Vermögensverkäufe *ausschließen*. Bis 2020 gehen die nominellen Primäreinnahmen aus Transfers West-Ost in den Ländern absolut stark bis auf Null zurück.
- „Bis zum Jahr 2020 steigt der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen auf ca. 73 % und entspricht damit weitgehend den Relationen, die im Jahr 2005 und im Jahr 2020 im Westflächenländer-Durchschnitt vorliegen.“ Ein gewisser Anstieg des Anteils der Steuereinnahmen an den Primäreinnahmen ist allein schon die Folge des Wegfalls der Transferleistungen.
- „In der Realbetrachtung, siehe Abbildung 5.2-6, ergibt sich selbst bei einem jahresdurchschnittlichen BIP-Wachstum je Einwohner von 3 % in den Jahren bis 2020 kaum eine Veränderung der realen Pro-Kopf-Einnahmen...“ Hier wird explizit ausgesagt, dass bis 2020 *je Einwohner* kein realer Zuwachs an öffentlichen Haushaltseinnahmen möglich wird. Dies hat dramatische Konsequenzen für die Ausgabenseite der Haushalte, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.
- „Das reale Volumen der Einnahmen der ostdeutschen Länder und Gemeinden sinkt selbst in der 3 %-Variante bis zum Jahr 2020 auf ca. 93 % des Realvolumens des Ausgangsjahrs 2005 und in der 2,2 %-Variante sogar um ca. 14 %.“ Damit ist eine chronische relative Verarmung der ostdeutschen Regionalhaushalte im innerdeutschen Vergleich von der *Einnahmenseite* her bis 2020 vorgezeichnet.

Bemerkenswert gegensätzlich an dieser Projektion für die NBL ist, dass einerseits die realen *Pro-Kopf*-Einnahmen Ost im Zeitraum bis 2020 nicht ansteigen, andererseits aber der bis 2020 erfolgende Anstieg der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen der Haushalte praktisch das Westniveau erreichen soll, *was ohne Angleichung der BIP-Leistung der Länder insgesamt über die projizierten 0,5 %-Punkte hinaus wenig wahrscheinlich ist.* (Tabelle 2)

5. Fazit

Hier die Bewertung der Zukunft durch das IAB: „Der Rückgang der Unterbeschäftigung in Ostdeutschland geht dagegen mit einer starken Abnahme des Arbeitskräfteangebots **und** des Arbeitskräftebedarfs einher. Dadurch gerät Ostdeutschland in einen Teufelskreis aus geringeren Einnahmen, geringeren Infrastrukturinvestitionen, sinkender Attraktivität und ständig abnehmender Einwohnerzahl. Für viele Betriebe dürfte sich die Existenzfrage stellen. Und für Investoren beeinträchtigt ein Mangel an jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften die Attraktivität des Standorts.“¹³

Das IWH zieht u. a. den Schluss: „In Anbetracht der räumlich divergierenden Entwicklung der Bevölkerung und damit des Arbeitsangebots wird aus dieser Sicht das Gefälle zwischen den Wachstumspotentialen der Bundesländer eher verstärkt als eingeebnet.“ „Vor allem die Standort- und Ansiedlungspolitik sowie Investitions- und Innovationsförderung bleiben deshalb aufgrund des nach wie vor hohen Rückstandes bei Produktivität und Wohlstand gefragt.“¹⁴

Die demographische Gemeinschaftsstudie von IWH/TU-Dresden/ifo-Dresden vom Dezember 2006 fasst diese Schlussfolgerung noch fordernder:

„Ostdeutschland als eine im ganzen immer noch strukturschwache Region in Deutschland ist bis heute geprägt durch ein hohes Maß an staatlicher Unterstützung unternehmerischer Aktivitäten, wobei die Subventionierung des Kapitaleinsatzes durch Investitionshilfen, die Vergabe zinsgünstiger Kredite an Existenzgründer sowie die Förderung der Innovationsaktivitäten der Unternehmen eine herausgehobene Rolle spielen. Geht man davon aus, dass sich die räumlichen Disparitäten in Deutschland (zwischen Ost- und Westdeutschland) als Folge der regional ungleichen demographischen Entwicklungen auf absehbare Zeit nicht abbauen werden, erscheint eine Fortsetzung dieser Politik geboten.“¹⁵

Vorstehendes ist gleichzeitig eine indirekte Absage an die - mit weiterer Konvergenz verbundenen - Hoffnungen auf innerdeutsche Leistungsangleichung und resultierende Einkommensentwicklungen für die ostdeutschen Bürger.

Die Bundesregierung jedoch hält aus massenpsychologischen Gründen unverändert an der Vision von der weiteren Angleichung fest:

„Die Bundesregierung gestaltet den Aufholprozess der neuen Länder an den Stand der alten Länder durch ihre Förderpolitik für Ostdeutschland aktiv mit“, wie es in der jüngsten Erwiderung auf die „Große Anfrage der Linksfraktion zum Stand der Deutschen Einheit“ (Bundestagsdrucksache 16/3581 auf S. 1) ausdrücklich heißt.

DB Research, „Perspektiven Ostdeutschlands

– 15 Jahre danach

“, S. 1, 40

² IWH, 6/2007, S. 196, Tabelle 1

³ Destatis, „Bevölkerungsentwicklung bis 2050 nach Ländern

“, Tab.1

⁴ ifo Dresden berichtet 3/2007, S. 1

⁵ IAB Kurzbericht Nr. 24/2005, S. 3

⁶ IAB Kurzbericht Nr. 24/2005, Grafik S. 3

⁷ DIW, Studie „Beschäftigungspotenziale in ostdeutschen Dienstleistungsmärkten

“, März 2007, S. 152

⁸ siehe Endnote 5, S. 3

⁹ IWH, „Wirtschaft im Wandel

“, 6/2007, S. 217

¹⁰ IWH, „Wirtschaft im Wandel

“, 6/2007, S. 218

¹¹ IWH, a. a. O., S. 215

¹² IWH/TU-Dresden/ifo-Dresden, „Demographische Entwicklung in Ostdeutschland

“, Gemeinschaftsstudie

2006, S. 252, 253, 254

¹³ IAB Kurzbericht Nr. 24/2005, S. 3/4

¹⁴ IWH, „Wirtschaft im Wandel

“, 6/2007, S. 218

¹⁵ IWH/TU-Dresden/ifo-Dresden, „Demographische Entwicklung in Ostdeutschland

“, Gemeinschaftsstudie

2006, S. 287

Anlage: Auszug aus der Bundestagsdrucksache 16/3581

Entwicklung der Bevölkerung 2004 bis 2020 und Altersstruktur 2020 in den Raumordnungsregionen der östlichen Bundesländer

Bundesland Raumordnungsregion	Bevölkerung			Altersstruktur		
	2004	2020	2004 - 2020	2020		
	absolut	absolut	Veränderung relativ in %	unter 20 in %	20 bis u. 60 in %	60 u. älter in %
Berlin (gesamt)	3.387.800	3.310.100	-2,3	15,0	57,2	27,8
Brandenburg						
Havelland-Fläming	738.700	803.200	8,7	16,2	52,8	31,0
Lausitz-Spreewald	665.100	589.000	-11,4	14,4	49,6	36,0
Oderland-Spree	449.400	463.700	3,2	15,4	50,7	33,8
Prignitz-Oberhavel	397.200	403.500	1,6	15,5	50,4	34,1
Uckermark-Barnim	317.300	316.300	-0,3	15,4	50,1	34,5
Mecklenburg-Vorpommern						
Mecklenburgische Seenplatte	309.500	280.400	-9,4	15,7	48,9	35,4
Mittleres Mecklenburg/Rostock	426.200	402.900	-5,5	15,2	50,7	34,1
Vorpommern	487.400	447.300	-8,2	15,3	49,3	35,4
Westmecklenburg	496.600	499.500	0,6	16,2	51,3	32,5
Sachsen						
Chemnitz-Erzgebirge	928.900	806.400	-13,2	15,0	47,3	37,7
Oberes Elbtal/Osterzgebirge	1.018.300	966.300	-5,1	16,5	50,5	33,0
Oberlausitz-Niederschlesien	649.400	555.900	-14,4	15,8	47,1	37,1
Südwestsachsen	624.500	535.700	-14,2	15,0	47,1	37,9
Westsachsen	1.075.200	1.026.600	-4,5	15,7	51,7	32,5
Sachsen-Anhalt						
Altmark	230.400	199.800	-13,3	16,7	48,7	34,6
Dessau	509.600	419.500	-17,7	14,1	47,8	38,1
Halle/S.	825.100	716.600	-13,1	15,0	49,6	35,5
Magdeburg	929.400	831.400	-10,5	15,1	49,3	35,7
Thüringen						
Mittelthüringen	696.600	664.500	-4,6	15,8	51,2	33,0
Nordthüringen	410.000	359.700	-12,3	16,3	48,8	34,9
Ostthüringen	746.200	645.900	-13,4	14,5	48,6	37,0
Südthüringen	502.500	453.900	-9,7	14,6	49,7	35,7
Insgesamt	16.821.300	15.698.100	-6,7	15,3	51,3	33,4